

Rutesheim, den 26. Januar 2024

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Widmaier,

sehr geehrte Herren Amtsleiter,

liebe Kolleginnen und Kollegen Stadträte,

verehrte Bürgerinnen und Bürger,

kurz nach Corona sieht die Welt so aus: Ukraine-Krieg, Inflation, Energiekrise, Bildungsmisere durch Pisa-Schock, Rezession, Terror in Israel, Neofaschismus in Deutschland, Migrationsdebatte, Klimakrise, Energiewende, Digitalisierungsfiasco und Donald Trump in den Startlöchern. Als aufmerksamer Schwabe reibt man sich die Augen, dass ausgerechnet der VfB Stuttgart in diesem Jahr nicht gegen den Abstieg spielt. Abgesehen davon ist das Weltgeschehen zum Davonlaufen. Politische Probleme werden immer komplexer und lassen sich meist gar nicht lösen, sondern lediglich in einem gewissen Rahmen halten. Viele Menschen kommen mit dieser gesellschaftlichen Dynamik nicht zurecht und flüchten in vermeintliche Alternativen. Auch wir als Stadt sind von all diesen Entwicklungen betroffen. Für manche Baustellen brauchen wir mehr Zeit, andere Themen lassen sich nicht bewältigen, sondern allenfalls einhegen.

Gerade beim Bosch-Areal zeigt sich, wie kompliziert der schlichte Ruf nach mehr Wohnraum, „aber nicht auf der grünen Wiese“ zu beantworten ist. Auch in diesem Jahr stellen wir wieder erhebliche Mittel für die Realisierung ein, alleine 5,7 Mio. € für den Grunderwerb. Wir Sozialdemokraten unterstützen dieses Megaprojekt weiterhin mit ganzem Herzen. Gleichzeitig mahnen wir nunmehr eine zügige Umsetzung an. Erinnern wir uns an unser ursprüngliches Ziel: Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Preiswerte Drei-Zimmer-Küche-Bad sind am Ende mehr wert als eine nachhaltige Wärmeversorgung. Bei aller Euphorie für technische Lösungen im Sinne des Umweltschutzes – auch auf unserer Seite – wir sollten uns dieses oberste Ziel immer wieder vergegenwärtigen.

Zugegeben, an einer Stelle wagen wir einen ganz großen Wurf, was das Thema Umweltschutz betrifft. Mit der Errichtung einer Heizzentrale, dem Bau eines Fernwärmenetzes und eines Stromnetzes sowie der Gründung von Stadtwerken betreten wir für Rutesheimer Verhältnisse echtes Neuland. Bei diesem Thema haben wir uns Schritt für Schritt vorangetastet und eine zukunftsfähige Lösung entwickelt. Anfangs haben uns vielleicht die hohen Kosten abgeschreckt, etwa für die Ausstattung der Stadtwerke mit finanziellen Mitteln in Höhe von 2,7 Mio. €. In der Zwischenzeit hat der Bund mit dem Heizungsgesetz unseren Kurs jedoch bestätigt: Die Zukunft der Wärmeversorgung muss

klimateutral und dezentral sein. Wir sind auf dem richtigen Weg und wir unterstützen den Weg der Stadt hier ausdrücklich. Als Stadträte wollen wir hier nochmals eine schnelle Erschließung unserer Stadt mit Nahwärme anmahnen. Auch wenn uns die technische Komplexität bekannt ist – unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns Planbarkeit und ein hohes Tempo.

Neben dem Bosch-Areal planen wir die Bebauung der Krautgärten in Perouse. Aus unserer Sicht soll hier ein Wohnareal entstehen, das sowohl modernen Ansprüchen als auch dem Charakter unseres Teilortes entspricht. Wir Sozialdemokraten wollen wir an dieser Stelle nochmals für einen Anteil von 30% an bezahlbarem Wohnbau plädieren.

Last not least gehört zum Wohnbau auch der Bau einer weiteren Flüchtlingsunterkunft. Die Unterbringung von Familien in Containern auf einem Parkplatz betrachten wir als Interimslösung. Deshalb haben wir einen Teil der Container gemietet und nicht gekauft. Wir benötigen eine feste Unterkunft in einer Lage, wo Integration möglich ist – also *nicht* im Industriegebiet. Im Ort gibt es den ein oder anderen Kritiker solcher Einrichtungen. Dazu möchten wir an dieser Stelle nur eines sagen: Sowohl Frau Weiß als auch ich selbst wohnen in unmittelbarer Nähe solcher Einrichtungen; Frau Weiß nahe der Obdachlosenunterkunft, ich selbst bei den Containern an der Renninger Straße. Die Erfahrungen mit unserer Nachbarschaft sind jeweils gleich: All die heraufbeschworenen Drohkulissen haben sich als Schreckgespenster entpuppt. Ganz im Gegenteil: Ich selbst nehme unsere Nachbarschaft als sehr ruhig und unauffällig wahr. Allen Rutesheimern und Perousern kann ich an der Stelle nur zurufen: Lassen Sie sich keine Angst einjagen, wo es nichts zu fürchten gibt.

Wie geht es nach dem Bosch-Areal und den Krautgärten weiter mit dem Wohnbau in Rutesheim? Keine Frage, der Bedarf an Wohnraum ist unverändert hoch. Doch zur Wahrheit gehört auch: Im Gegensatz zu anderen Kommunen waren wir beim Wohnbau in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten sehr aktiv. Die Wohnraumknappheit werden wir in Rutesheim alleine nicht lösen, und viele Rutesheimer sehen die Bebauung von Grünland weiterhin sehr kritisch, wie Umfragen rund um den Stadtentwicklungsplan II gezeigt haben. Kollege Schlicher hat schon mehrfach auf die begrenzte Hektarzahl unserer Gemarkung hingewiesen. Wir formulieren etwas schlichter: Es gibt halt keine zwei Rutesheims. Genau deshalb plädieren wir dafür, auf das angedachte Wohngebiet in Spissen II vorerst zu verzichten. Die rechtliche Möglichkeit nach Paragraph 13b BauGB für eine beschleunigte Erschließung machte in unseren Augen angesichts der Wohnraumknappheit durchaus Sinn. Das Bundesverwaltungsgericht hat diese Option im letzten Jahr gekippt. Außerdem hat sich eine Idee mit sozialem Modellcharakter an dieser Stelle zunächst einmal zerschlagen, und auch die Lärmwerte bewegen sich in einem kritischen Bereich. Unserer Meinung nach genügt es, lediglich Heuweg-Nord – nunmehr im Regelverfahren – zu erschließen. Das Areal ist gut erschließbar, liegt in der Nähe der S-Bahn und auch das Schulzentrum ist nicht allzuweit entfernt. Auch beim Thema Gewerbegebiet zwingt uns der

Flächenverbrauch zu einem kühlen Kopf. Wir Sozialdemokraten unterstützen den Gebersheimer Weg und die Erweiterungen im Schertlenswald weiterhin, sehen darüber hinaus aber kein Potenzial mehr für mehr Gewerbegebiete.

Klar ist: Ob Wohnbau oder Gewerbegebiet – jedes neue Areal bringt zusätzliche Infrastruktur nebst Kosten für Instandhaltung und Sanierung mit sich. Um nur einen kurzen Blick auf wesentliche Großprojekte zu werfen:

- Stichwort Feuerwehr: Die Errichtung eines Übungsplatzes über 390.000 € ist ein lang gehegter Wunsch der Kameraden. Wir plädieren dafür, den Übungsplatz so anzulegen, dass auch der von der Feuerwehr gewünschte Übungsturm nachträglich noch untergebracht werden kann. Außerdem stehen wir der Finanzierung eines Feuerwehrbedarfplans offen gegenüber. Wie wir im letzten Jahr vom Kreisbrandmeister erfahren haben, ist so ein Plan für Fördermittel zwingend erforderlich.
- Stichwort Abwasser: Die Erweiterung der Kläranlage samt 4. Reinigungsstufe sowie die über Jahre laufende Kanalinnensanierung im hohen sechsstelligen Bereich sind unerlässlich. Hier haben wir keinen großen Handlungsspielraum. Wir hoffen dabei auf Potenziale, um Abwasser als Brauchwasser nutzen zu können.
- Stichwort Kinderbetreuung: An der Außenstelle des Schulzentrums in der Hindenburgstraße brauchen wir zusätzliche Räume für den Hort. Wir unterstützen die Mittel dafür; als Sozialdemokraten stehen wir für eine umfassende Kinderbetreuung – die politischen Argumente sind bekannt. Dass das alles über ein Gebührenmodell kaum zu stemmen ist, wissen wir alle ebenfalls. Und genau deshalb piesacke ich Sie alljährlich an dieser Stelle mit meinem Hinweis auf die Grundfalschheit eines Gebührenmodells im Kindergartenbereich. Das mache ich heute Abend nicht – sondern erst wieder, wenn es im Frühjahr um die Gebührenerhöhung geht.
- Stichwort Straßenbau: Die Ortskernsanierung IV mit Schwerpunkt in der Gebersheimer Straße steht zwar finanztechnisch noch nicht groß an. Die Planungen haben aber bereits begonnen. Und genau deshalb wollen wir auch an dieser Stelle nochmals für einen Fahrradweg plädieren. Diese Straße hat aktuell noch reinen Durchfahrtscharakter für PKWs, Tempo 30 hin oder her. Wir sollten jetzt die Gelegenheit ergreifen und die Gebersheimer Straße auch für andere Formen der Mobilität öffnen. Sie ist die ideale Anbindung von Aldi, DM, Edeka und Co. an bestehende Wohngebiete im Norden und Westen unserer Stadt. Nutzen wir hier die Chance und haben wir dabei die Stadt von morgen und nicht die von gestern im Blick.
- Stichwort Digitalisierung: Man fragt sich schon, warum sich unser Land so schwer damit tut. Die Kommunen in Baden-Württemberg haben an vielen Stellen gleiche oder zumindest vergleichbare Aufgaben. Dennoch gibt es in vielen Bereichen keine einheitliche Software-

Lösungen, und das zwingt Verwaltungen, sich hier jeweils selbst auf die Suche zu begeben. Es freut uns, dass unsere Stadtverwaltung die Zeichen an der Wand und auf dem Bildschirm erkannt hat und auf den digitalen Zug aufgesprungen ist. Für die Zukunft wünschen wir uns hier weiterhin viel Mut, gerade wenn es darum geht, auf papierne Relikte aus der Vergangenheit vollständig zu verzichten.

All jene Aufgaben zusammengenommen erfordern entsprechende Ressourcen. Werfen wir von daher noch einen Blick auf die Finanzen. Wie in den Vorjahren auch ist die Einkommenssteuer mit 9,7 Mio. € erneut angestiegen. Hier zeigt sich, wie wichtig viele und auch gut bezahlte Arbeitsplätze für uns als Stadt sind. Völlig überraschend ist zudem die Gewerbesteuer sprunghaft angestiegen – von ca. 4 Mio. € auf nunmehr anvisierte 12 Mio. €. Nur am Rande: Die AfD fordert in ihrem Parteiprogramm die Streichung der Gewerbesteuer. Für Kommunen wäre das ein finanzieller GAU.

Aber bleiben wir bei der Gewerbesteuer: Um hier nicht die Bodenhaftung zu verlieren, sollte man bei dieser Zahl die finanzpolitisch rosarote Brille gleich wieder ablegen. Völlig zurecht hat uns der Kämmerer mehrfach gewarnt, dass durch die erhöhten Einnahmen auch unsere Umlagen und Steuerkraftsummen perspektivisch ansteigen werden. Alleine bei der Kreisumlage rechnen wir mit 5,9 Mio. €, bei der FAG-Umlage mit ca. 4 Mio. € - zusammen 10 Mio. €, die zunächst einfach mal weg sind. Wir tun also gut daran, diesen Zuwachs bei der Gewerbesteuer mit Demut anzunehmen und auch weiterhin einen zurückhaltenden Kurs zu verfolgen.

Das gilt erst recht, wenn man den Blick auf weitere Kernzahlen des Haushaltsplans lenkt. Ja, unser Schuldenstand beträgt weiterhin 0 € und der Zahlungsmittelüberschuss ist mit 8,9 Mio. € ungewöhnlich hoch. Aber: Nach Verrechnung der Erträge und Aufwendungen bei den Investitionen steht eine Lücke von 4,9 Mio. €, die wir mit vorhandenen Mitteln füllen müssen. Auch unsere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen seit Jahren kontinuierlich an; bald haben wir die 10 Mio. € pro Jahr erreicht. Gemeinderat und Verwaltung sollten deshalb jede größere Ausgabe genau auf ihre Sinnhaftigkeit hin prüfen. Die mahnenden Worte unseres Kämmerers nehmen wir sehr ernst; wir werten sie nicht als Cassandra-Rufe, aber zumindest als erhobenen Zeigefinger einer schwäbischen Hausfrau.

Bei allen kritischen Blicken auf die Ausgaben sollten wir aber auch die Einnahmen nicht aus dem Blick verlieren. Was wir als Sozialdemokraten sehen: Geht es um Gebühren im sozialen Bereich, insbesondere bei der Kinderbetreuung, schreckt die Mehrheit im Gremium vor einer jährlichen Erhöhung nicht zurück. Und erst kürzlich hat eine Mehrheit des Gremiums die Mieten in kommunalen Wohnungen drastisch erhöht. In unseren Augen sollten *alle* Mitglieder unserer städtischen Gesellschaft ihren Anteil zu einem leistungsfähigen Gemeinwesen beitragen. Wir meinen, eine Anpassung der Gewerbesteuer nach so vielen Jahren der Stabilität ist durchaus angemessen, alle Kommunen im Umfeld

haben höhere Hebesätze als wir. Spätestens wenn wir die Hebesätze für die Grundsteuer an den neuen rechtlichen Rahmen anpassen, sollten wir auch die Gewerbesteuer diskutieren.

Neue und alte Aufgaben zusammengerechnet bedeuten in der Summe zunächst einmal *mehr* Aufgaben. In unseren Sitzungen hat die Stadtverwaltung schon öfters die zunehmende Aufgabenfülle bei gleicher Personaldecke im Rathaus und auf dem Bauhof angemahnt. Für uns als SPD halte ich an dieser Stelle fest: Wir haben die Warnsignale gehört. Es geht nicht nur um die Gesundheit sämtlicher Mitarbeiter, sondern auch um Effizienz und die Bewältigung von *wesentlichen* Aufgaben. Wir dürfen auf keinen Fall in die Situation geraten, das wirklich Wichtige nicht umgesetzt wird. Dass wir nunmehr im dritten Jahr auf einen eigentlich jährlichen Energiebericht warten, finden wir der Sache nicht angemessen. Was können wir tun? Mehr Personal? Die Personalkosten liegen bereits bei 14,7 Mio. €. Schaut man sich die Zahlen der vergangenen Jahre genauer an, ist man kein Prophet, wenn man mit einer Verdopplung der Personalausgaben zwischen 2014 und 2026 rechnet. Für eine Erweiterung der Personaldecke werden die anderen Fraktionen nicht zu gewinnen sein. Von daher bleibt uns nur ein anderer Weg: Wir empfehlen, Aufgaben auf ihre Dringlichkeit hin immer wieder zu prüfen und ggf. weniger wichtige Themen nicht anzugehen oder zumindest aufzuschieben. Für uns als Außenstehende sagt sich das leicht – bitte verstehen Sie uns so, dass wir das Problem verstanden haben und für entsprechende Vorgehensweisen offen sind.

Bei all den neuen und alten Aufgaben, der Errichtung von Gebäuden, der Sanierung von Infrastruktur oder dem Klimaschutz sollten wir eines nicht vergessen: Am Ende machen wir Politik für die Menschen vor Ort. Die Hoffnung dabei: Am Ende soll es nicht nur jedem einzelnen, sondern auch der Gemeinschaft besser gehen. Ein wesentlicher Baustein hierfür sind unsere Vereine, Organisationen und Kirchen. Wir tun gut daran, die bestehende Vereinsförderung und freiwilligen Zusatzleistungen aufrecht zu erhalten. Halten wir uns dabei immer vor Augen: Es geht dabei nicht darum, mit mehr Geld erfolgreichere Sportler, filigranere Musiker, kreativere Künstler oder gläubigere Kirchenmitglieder zu produzieren. Es geht vielmehr darum, die Gemeinschaften und Netzwerke dahinter zu unterstützen, um das Miteinander in unserer Stadt zu stärken. Und es geht auch darum, gelebte Demokratie zu fördern – zurzeit ist es leider bitter notwendig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Geschenkefülle am Heiligen Abend steckt voller Überraschungen – mal positiver, mal negativer Natur. Wir danken der Stadtverwaltung und insbesondere der Kämmerei, dass sie uns auch in diesem Jahr wieder vor jeglichen Überraschungen im vorliegenden Haushaltsplan bewahrt hat. Ein Nachtragshaushaltsplan 2023, die jährliche Klausur sowie die Informationen während der vergangenen Sitzungen haben uns in der Vorbereitung sehr geholfen – dafür sagen wir vielen Dank. Auch wir stimmen beiden Haushaltsplänen zu.